

Milton Friedman und die Ökonomie der Chicagoer Schule

Ein Abriss



Das ökonomische Modell Milton Friedmans ist ohne Zweifel das einflussreichste des 20. Jahrhunderts. Es hat seit den frühen siebziger Jahren faktisch fast die gesamte Welt erobert.

Friedmann selbst charakterisierte seine Lehre als „(Neo-)Liberalismus“. Diese Bezeichnung ist auch die in Europa übliche, wo man auch vom „neoklassischen Marktkapitalismus“ spricht (der an die klassische Theorie vor allem von Adam Smith, John Stuart Mill, David Ricardo und John Locke anknüpft). In den USA jedoch, wo der Ausdruck „liberal“ eher negative Konnotationen hat, wird Friedman zu den „Neokonservativen“ gezählt, was zuweilen etwas verwirrend ist, weil der „Neokonservatismus“ zunächst gar nicht als eine *Wirtschaftstheorie*, sondern als eine *politische* Philosophie auftrat, die vor allem auf die Lehren und Schriften des – in Europa fast unbekannt – deutschen Philosophen Leo Strauss zurückgeht: dieser lehrte von 1949 bis 1968 an der Universität von Chicago; zu seinen wichtigsten Adepten gehören „Neocons“ der Bush-Ära wie etwa Paul Wolfowitz, Richard Perle, Donald Kagan, Karl Rove, Daniel Bell, Irving Kristol, Nathan Glazer oder Francis Fukuyama. Die auf Friedmans Modell basierende *Wirtschaftspolitik* ist auch als „Reagonomics“, „Thatcherism“ oder als die „Ökonomie der Chicagoer Schule“ bekannt. In der Fachliteratur firmiert der „Friedmanismus“ als „Monetarismus“ (Geldpolitik) oder „angebotsorientierte Wirtschaftstheorie“ (die die Kontrolle der *Geldmenge* als das wichtigste Element der Steuerung durch die Zentralbank ansieht.)

Friedmans Theorie stand von Anfang an in absoluter Opposition zu der von John Maynard Keynes begründeten „nachfrageorientierten Wirtschaftstheorie“, die die Steuerung des Marktes über die *Fiskalpolitik* (Steuern und Zins) bevorzugte, nach dem Börsencrash von 1929 wesentlichen Einfluss auf den von Präsident Roosevelt eingeleiteten New Deal hatte und auch zu den Grundlagen der sog. Sozialen Marktwirtschaft gehört. (Ludwig Erhard und Helmut Schmidt gelten als überzeugte Keynesianer). Vereinfacht ausgedrückt, besteht das Hauptziel der keynesianischen Wirtschaftspolitik in der Verminderung der Arbeitslosenzahl, das der monetaristischen Wirtschaftspolitik hingegen in der Bekämpfung der Inflation.

Natürlich war Friedmans Modell zunächst nur eine fiktive Konstruktion, die sich weniger auf die *Erfahrung* stützte als vielmehr auf eine bestimmte *Philosophie*. Prinzipiell ist dies kein

Einwand, denn *jede* wissenschaftliche Theorie ist primär auch nichts anderes als eine gedankliche Konstruktion (eine „freie Erfindung des Menschengenies“, wie Einstein sagte). In den exakten Wissenschaften kommt es indessen darauf an, inwieweit eine wissenschaftliche Theorie nicht nur logisch konsistent, sondern vor allem empirisch überprüfbar und grundsätzlich durch die Erfahrung widerlegbar (falsifizierbar) ist. Die ökonomische Theorie Milton Friedmans ist jedoch so beschaffen, dass empirische Erscheinungen wie etwa schwere Wirtschaftskrisen keineswegs die Theorie selbst in Zweifel ziehen, sondern lediglich die *politische Praxis* ihrer „Anwendung“. Vereinfacht ausgedrückt: Geht etwas schief, so spricht dies nicht etwa gegen die „Wahrheit“ der Theorie, vielmehr „beweist“ das Eintreten von Krisen nur, dass externe „Störungen“ die „natürliche Gesundheit“ des Marktes theoriwidrig geschädigt oder verzerrt haben. Dies weist auf den höchst bemerkenswerten Umstand hin, dass die Friedman'sche Ökonomie ihre Wurzeln in der gleichen Philosophie hat, aus der sich auch die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts speisten: der Kommunismus und der Faschismus. Kurzum: die Philosophie Milton Friedmans ist – wie die des reaktionären Machivallisten Leo Strauss – der Platonismus. Sie beruht auf der Fiktion eines *absolut idealen Systems*, nämlich der des radikal freien Marktes, der sich dermaleinst (vermutlich in irgendeinem Goldenen Zeitalter), als er sich noch im „Zustand der Jungfräulichkeit“ (Naomi Klein) befand, durch ein vollkommenes Gleichgewicht ausgezeichnet habe, welches hernach durch störende Einflüsse – vornehmlich des Staates – degeneriert, destabilisiert oder in seiner dynamischen Entfaltung gehemmt worden sei. Friedmans „Chicago Boys“ betrachten den Markt keinesfalls als ein von *menschlichen* Akteuren gestaltetes Geschehen, sondern als ein rein *natürliches* und zudem auch gänzlich *isoliertes* (d. h. von politischen, soziokulturellen, ökologischen, klimatischen oder anderen äußeren Einflüssen durchwegs unabhängiges) System, welches – wie das der Planeten, der Atome oder der biologischen Zellen – von stets konstanten *natürlichen* Kräften geregelt und daher von unveränderlichen Gesetzen beherrscht werde. Die gesetzmäßige Funktionsweise dieses in sich perfekten Systems wird vorzugsweise durch die ebenso perfekte Klarheit mathematischer Formalismen beschrieben. Diese ermöglichen es, die emotionalen und irrationalen Faktoren, welche das Marktverhalten von Menschen nun einmal entscheidend mit bestimmen, vollkommen auszublenden. An die Stelle des realen Individuums tritt die abstrakte Figur des „*homo oeconomicus*“, jenes fiktive „Wirtschaftssubjekt“, das, allein motiviert von seinem „Eigeninteresse“ (oder Profitstreben), völlig rational so entscheidet und handelt, dass es bei vollständiger Information gemäß seiner Präferenzen seinen eigenen Nutzen maximiert.

Überlässt man den *homo oeconomicus* und die Naturkräfte des Marktes gänzlich sich selbst, dann zaubert – so die Doktrin seit Adam Smith – die „*invisible hand*“ von allein dynamisches Wachstum und den Wohlstand der Völker. Der Staat hat lediglich für *Law and Order* zu sorgen: also für den Schutz der (Handels-)Freiheit und des Eigentums seiner Bürger, für die Einhaltung frei ausgehandelter Verträge (notfalls mittels der Justiz) sowie für die Abwehr äußerer oder innerer Gefahren. Auf dem Markt hat er – sieht man einmal von seiner Pflicht zur Gewährleistung des kommerziellen Wettbewerbs (also der Verhinderung von Kartellen oder Monopolen) ab – nichts zu suchen, denn dieser, so lautet das Dogma, reguliert sich selbst, und zwar desto perfekter, je mehr sich der Staat heraushält.

Wie jedes durch und durch idealistische System wirkt auch das Friedman'sche intellektuell ganz überaus attraktiv: wegen seiner bestechenden Einfachheit (die man nicht als bloße Simplifizierung weit komplexerer Zusammenhänge begreift), seiner logischen Überzeugungskraft und seiner scheinbar wohlwollenden Ziele. Sein kleiner Makel, dass es

mit der empirischen Realität so viel zu tun hat die die Astrologie oder die Alchimie (seine älteren Schwestern), fällt dagegen für jeden vom Idealen befeuerten Geist kaum ins Gewicht. Platoniker verachten die Realität, sie beten vielmehr ihre Große Idee wie ein Heiligtum an, was sich stets schon in ihrer pseudoreligiösen Sprache kundtut. So preist beispielsweise der bereits erwähnte Daniel Bell den Kapitalismus als „edelsteingeschmücktes Band von Bewegungen“ oder „himmlische Uhr“, als „ein Kunstwerk, so zwingend, dass man an ein berühmtes Bild von Apelles denkt, der einen Bund von Weintrauben so realistisch malte, dass die Vögel kamen, sie zu picken.“

Dass Attraktivste an jeder idealistischen Utopie liegt jedoch weniger in solchen ästhetischen Reizen als vielmehr stets darin, dass sie ihre Anhänger nicht nur zu Erlösern, sondern zu gottähnlichen Neuschöpfern promoviert. Die unvollkommene Wirrnis, die man in der irdischen Wirklichkeit vorfindet, kann nämlich nur dadurch dem Ideal angeglichen werden, dass man sie radikal – im Wortsinne: mitsamt den Wurzeln – austilgt, um auf ihrer Asche das vollkommene Neue zu errichten.

Die Hauptaufgabe des „Chicagoer Programms“ der Friedman-Jünger bestand mithin darin, zu allererst die „Störungen“, „Behinderungen“ und „Verzerrungen“ des Marktes, die ihrer Ansicht nach insbesondere der Keynesianismus seit der Zeit des New Deal angerichtet hatte, *radikal* zu beseitigen. Dies kann aber – jedenfalls für platonische Fundamentalisten – auf keinen Fall etwa durch langsame und schrittweise *Reformen* geschehen, deren Resultate man in regelmäßigen Abständen in der Wirklichkeit überprüfen und womöglich korrigieren könnte, sondern nur durch die unverzügliche Herstellung einer *Tabula rasa*, durch das sofortige und gründliche „Reinwaschen der Leinwand“. Dieser genuin platonische *modus operandi* wird – mit Bezug auf die Errichtung des idealen Staates – bereits von Platon selbst beschrieben, der in der „Politeia“ (ausgerechnet) Sokrates folgendes verkünden lässt: „Sie werden als ihre Leinwand einen Staat und die Charaktere von Menschen nehmen; und sie werden zu allererst *ihre Leinwand reinwaschen* - und das ist keinesfalls eine leichte Aufgabe. Aber das ist eben der Punkt, an dem sie sich, wie du weißt, von allen anderen unterscheiden. Sie werden mit ihrer Arbeit an einem Staatswesen oder an einem Individuum nicht eher beginnen (noch werden sie Gesetze entwerfen), bevor sie nicht entweder eine reine Leinwand erhalten oder sie selbst gereinigt haben.“ Denn die Philosophen, die „mit dem Göttlichen in Verbindung“ stehen, werden überwältigt „vom Drang“, ihre „himmlische Vision in den Individuen wie auch im Staate zu realisieren“, in einem Staat, „der die Glückseligkeit nie kennen wird, solange seine Maler keine Künstler sind, die ihn nach göttlichem Vorbild entwerfen.“ Auf die Frage des Glaukon, wie denn das ‚Reinigen der Leinwand‘ geschieht, antwortet wiederum Sokrates: „Alle Bürger des Staates, die das zehnte Lebensjahr überschritten haben, müssen sie aus der Stadt vertreiben und irgendwohin aufs Land deportieren; und die Kinder, die nunmehr vom Einfluss der gemeinen Charaktere ihrer Eltern befreit sind, müssen sie übernehmen; die werden dann in der Art der wahren Philosophen erzogen und in Übereinstimmung mit den Gesetzen, die wir bereits beschrieben haben.“ Im „Politics“ heißt es bei Platon dann später: „Und ob sie den Staat um seines Besten willen reinigen, indem sie einige seiner Bürger töten oder deportieren ... - solange sie nach den Regeln der Wissenschaft und der Gerechtigkeit vorgehen, den Staat bewahren ... und ihn besser machen, als er war, muss diese Regierungsform die einzig richtige genannt werden.“¹

¹ Die zitierten Passagen aus Platons „Staat“ (500d-501a, 541a) sowie dem „Staatsmann“ (293c-e) wurden hier in der Übersetzung von Sir Karl Popper wiedergegeben. Siehe: Karl R. Popper, „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, Band 1, UTB Francke, München 1980, p. 225

Man braucht nicht mehr zu tun als hier das Wort „Staat“ durch „Markt“ zu ersetzen – und man hat die vollständige Rezeptur für die Radikalkur vor sich, welcher Milton Friedman und seine Boys inzwischen zahllose Volkswirtschaften in aller Welt unterzogen haben. Der platonische *Politiker* „malt“ als göttlicher Künstler Konstitutionen und „komponiert Staaten – um ihrer Schönheit willen“ (K.R. Popper, a.a.O.), der *Ökonom* der Friedman-Schule kreiert, nach schneller „schöpferischer Zerstörung“ des Bestehenden, vollkommene Märkte – aus dem gleichen Grund (wie die Eloge Daniel Bells ja hinlänglich demonstriert). *Politisch* führt dieses Verfahren zur „Liquidation“ von „gemeinen Charakteren“ und ganzen Völkern, zu den totalitären „Endlösungen“, wie sie Stalin, Hitler, Mao oder Pol Pot praktizierten; *ökonomisch* führt es zunächst zur Entstehung einer ständig reicher werdenden Plutokratie bei gleichzeitiger Verelendung der ständig ärmer werdenden Massen (keineswegs zum „Durchsickern“ des Wohlstands in die unteren Gesellschaftsschichten nach der sog. „Trickle-down-Theorie“), am Ende aber – nun schon zum zweiten Male – zum völligen Zusammenbruch des weltweiten Finanz- und Wirtschaftssystems, schwersten sozialen Katastrophen und – womöglich – zum Weltkrieg. Aber Idealisten sind selbst durch die verheerendste Erfahrung nicht belehrbar, denn jenseits aller moralischen Verwerflichkeit bleibt ja das „einzig Richtige“, die Große Idee auf ewig wahr. Sämtliche Metaphern der „Reinigung“, „Säuberung“, „Entgiftung“ und „Heilung“, die man schon bei Platon findet, erfreuen sich bei Friedmans Jüngern der gleichen Beliebtheit wie die – ebenfalls schon in der „Politeia“ bevorzugten – Vergleiche mit medizinischen, therapeutischen oder chirurgischen „Rettungsmaßnahmen“.

Dies erklärt nicht nur, warum die Experten ebenso wie die Banker und Manager, blinden Hühnern gleich, sämtliche Warnsignale und Alarmzeichen übersahen, die spätestens seit Anfang 2007 deutlichst zu erkennen gewesen wären, und dann im September 2008 vom plötzlichen Kollaps des Weltfinanzsystems völlig überrascht waren; es erklärt auch, wieso sie bis heute keinerlei Einsicht (oder gar Reue) zeigen, sich weiter ihre pompösen Auftritte leisten und ostentativ ihre Boni-Millionen kassieren (notfalls sogar einklagen), obgleich ihre Unternehmen bereits mit Steuergeldern „gerettet“ werden müssen. – In seiner Berliner Rede vom März 2009 rügte Bundespräsident Horst Köhler: „Was vielen abhanden gekommen ist, das ist die Haltung: So etwas tut man nicht. Bis heute warten wir auf eine angemessene Selbstkritik der Verantwortlichen. Von einer angemessenen Selbstbeteiligung für den angerichteten Schaden ganz zu schweigen.“ Der Mann hat gut reden. Er war schließlich selbst von 2000 bis 2004 Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds und in dieser Funktion an der schonungslosen Durchsetzung des rabiaten Marktliberalismus beteiligt. Gewiss, er begann seine Berliner Rede, indem er von seinem „Scheitern“ beim IWF und von den „Sorgen“ sprach, die ihm die Entwicklung auf den Finanzmärkten schon damals bereitet habe. Aber das wirkt nicht überzeugend. Ein Mann mit der Haltung „So etwas tut man nicht“ hätte – was große internationale Aufmerksamkeit hervorgerufen hätte – damals auch unter Protest seinen Hut nehmen oder sogar sich „feuern“ lassen können wie der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der 2000 wegen seines Widerstands gegen die Währungspolitik des IWF seinen Posten als Forschungschef der Weltbank räumen musste. Horst Köhler hat jedoch noch 2005 – da war er längst Bundespräsident – das marktliberale CDU-Programm öffentlich begrüßt, wonach Löhne, Renten und Gesundheitsleistungen *gekürzt*, die Steuern für Unternehmergewinne aber *gesenkt* und der Anteil der Arbeitgeber zur Krankenversicherung der Beschäftigten *abgeschafft* werden sollte. Da wundert man sich, wenn derselbe Präsident nur zwei Jahre später beklagt: „Der Aufstieg der einen darf nicht der Abstieg der anderen sein“ (denn genau dies ist ja die Quintessenz des Friedman’schen Projekts stets gewesen!), oder nochmals zwei

Jahre später: „Die große Chance der Krise besteht darin, dass jetzt alle erkennen können: Keiner kann mehr dauerhaft Vorteil nur für sich schaffen.“ Wirklich?

Werfen wir jetzt einen kurzen Blick darauf, welche Art von „Markt“ Milton Friedman nach dem „Reinwaschen der Leinwand“ auf der Tabula rasa zu errichten wünschte. Im Grunde läuft das gesamte Programm auf eine Art Machtergreifung der Ökonomie und damit auf die Demontage des Staates hinaus: der Friedman'sche „Markt“ funktioniert buchstäblich nur unter der Bedingung der *Anarchie* oder *Anomie*, d. h. der Abwesenheit jeglicher Staatsgewalt und gesellschaftlichen Ordnung. Die wichtigsten Punkte dieses Wirtschaftsmodells sind:

Deregulierung

„Abbau von staatlichen Regelungen (Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien) mit dem Ziel, mehr Entscheidungs- und Wahlfreiheiten zu eröffnen. Mit der Rücknahme zwingender Vorschriften oder verbindlicher Standards sollen technische, wirtschaftliche und soziale Innovationen angeregt und es soll dazu beigetragen werden, wirtschaftliche Entscheidungen schneller zu realisieren.“ (Schubert/Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. , Dietz, Bonn 2006). De facto läuft Deregulierung auf den vollständigen Rückzug des Staates und der Regierung vom „Markt“ und auf die Abschaffung möglichst aller Kontrollen, Normen, Regeln und Aufsichtsbehörden hinaus. Begründet wird diese „Liberalisierung der Märkte“ damit, dass diese sich angeblich „selbst regulieren“, auf steuernde Staatseingriffe aber mit „Verzerrungen“ und verminderter Produktivität reagieren. Weitere Argumente für die Deregulierung waren stets: Verminderung der Bürokratie und damit Entlastung der Staatshaushalte, Steigerung der „Effizienz“ der Unternehmen und Banken, Erhöhung der Investitionsanreize mit der Folge sinkender Arbeitslosigkeit, Förderung von Innovationen durch mehr Konkurrenz (was allerdings staatliche Eingriffe gegen Monopol- und Kartellbildungen voraussetzt). Praktisch hat sich gezeigt, dass die Deregulierung nur kurzfristig zu den verheißenen Verbesserungen und prosperierenden Märkten, langfristig jedoch nur zur Bereicherung weniger auf Kosten der Mehrheit und zu jener wilden „Casino“-Spekulation führt, die letztlich im totalen Crash des Marktversagens endet. Eines ist jetzt klar: Der Markt „heilt“ sich *nicht* selbst, er muss am Ende doch wieder vom Staat „gerettet“ werden – natürlich auf Kosten der Allgemeinheit.

Privatisierung

Warum ein Unternehmen wie die Post, das keinerlei Hoheitsakte ausübt, ein Staatsmonopol sein müsste, ist sicher schwer einzusehen; schließlich war es vordem auch in Deutschland einmal privat (nämlich in den Händen derer von Thurn und Taxis). Nach Milton Friedman sollen jedoch nicht nur Post und Telekommunikation sowie alle staatlichen Betriebe privatisiert werden, sondern auch sämtliche Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, die den Bedürfnissen und der Sicherheit der Bürger dienen: so unter anderem das gesamte Erziehungswesen (Kindergärten, Schulen, Bildungseinrichtungen, Universitäten), der Verkehr (Bahn, Straßenbau, Fluglinien), die Jugendfürsorge ebenso wie die Altenpflege, die allgemeinen Versicherungssysteme (Renten- und Sozialversicherung) sowie Krankenhäuser und das gesamte Gesundheitswesen, Stadtreinigung, Kanalisation und Müllentsorgung, die Wasser- und Energieversorgung, Gefängnisse und Erziehungsheime, die Feuerwehr und der Katastrophenschutz, staatliche und kommunale Kultureinrichtungen (wie Theater, Konzerthäuser, Medien und Information), sogar die Friedhöfe, die Öffentlichen Gärten sowie die Nationalparks, ja womöglich gar Polizei, Sicherheitsdienste, Justizbehörden (die durch private „Schiedsgerichte“ zu ersetzen seien) und Teile der Streitkräfte. Es versteht sich aber von selbst, dass privatisierte Unternehmen nicht länger das Wohl der Bürger im Auge haben, sondern sich in allererster Linie an den Renditeerwartungen ihrer „shareholder“ orientieren und zudem den spekulativen Interessen der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Was bei der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen nahezu vollständig auf der Strecke bleibt, ist beispielsweise der Umweltschutz!

Abschaffung des sog. Wohlfahrtsstaates, Streichung sämtlicher Sozialausgaben

Ein Staat, der weit reichende Maßnahmen zur Steigerung des sozialen, materiellen und kulturellen Wohlergehens seiner Bürger mit relativ hohen Steuern finanziert und sich womöglich einer paternalistischen Ordnung verschreibt, die sich die „Glückseligkeit“ der Menschen zum Ziel setzt, wird als Wohlfahrtsstaat bezeichnet und zumeist mit der Kritik konfrontiert, dass er die Bürger entmündige, ihrer Eigeninitiative und Verantwortung lähme und zu einer despotischen Bürokratie führe. Wenn jedoch Milton Friedman den „Wohlfahrtsstaat“ angreift, dann hat er weniger einen Staat wie Schweden, sondern

vielmehr den *Sozialstaat* im Sinn. Im Unterschied zum Wohlfahrtsstaat hat der Sozialstaat die Gewährleistung der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit zum Ziel; dazu gehört auch, dass der Staat die Lebensrisiken der Bürger mindert, Menschen, die unverschuldet (oder sogar durch staatliches Handeln) in Not geraten sind, beisteht, soweit sie dies nicht aus eigener Kraft vermögen, allen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht sowie langfristige Maßnahmen ergreift, die verhüten sollen, dass immer mehr Menschen ins „soziale Abseits“ (heute „Prekariat“ genannt) und in soziale Notlagen geraten. Milton Friedman hält es indessen für „unmoralisch“, mit dem Geld der Wohlhabenden den Benachteiligten und Notleidenden Gutes tun zu wollen. Staatliche Sozialausgaben sollen selbst dann abgeschafft werden, wenn man damit unzählige Menschen ins Elend stürzt. Zur Milderung dieses Elends sollen nur freiwillige Spenden, caritative Einrichtungen, private Stiftungen oder „Wohltätigkeitsveranstaltungen“ (*charity*) der Reichen beitragen. Äußerstenfalls befürwortete Friedman die sog. „negative Einkommenssteuer“ für Arme, relativierte jedoch stets, dass man die 35 Millionen Amerikaner, die 2004 in Armut lebten, fünfzig Jahre früher als „wohlhabend“ bezeichnet hätte.

Drastische Steuersenkungen, insbesondere auf Unternehmensgewinne

Milton Friedman war vehementer Gegner von Staatsausgaben und „Big Government“. Auf den Vorhalt, dass massive Steuersenkungen das Staatsdefizit vergrößerten, entgegnete er 2004: „Was kümmert mich das Budgetdefizit?“ Wenn dieses durch Steuersenkungen, nicht aber durch Staatsausgaben entstehe, sei es eine „tolle Vorstellung“. Friedman wörtlich: „Wenn die Kasse erst einmal leer ist, wird der Druck auf die Politiker groß, die Ausgaben zu senken. Das ist wie in der Erziehung: Wenn ein Kind ständig Süßigkeiten kaufen will, muss man ihm das Sackgeld kürzen.... Politiker wollen Geld ausgeben. Der einzige effiziente Weg, um das Verhalten zu ändern, ist, ihnen das Geld wegzunehmen. Immer, überall, mit jedem Mittel.“ Friedman war energischer Befürworter der sog. Flat Tax, jener Einheitssteuer, mit der der Professor Kirchhof im Wahlkampf 2005 Angela Merkel in ärgste Bedrängnis brachte. *De facto* hat die Steuer- und Wirtschaftspolitik à la Friedman in nahezu allen Ländern das Gegenteil dessen bewirkt, was sie beabsichtigte: eine gigantische und ständig zunehmende Staatsverschuldung.

Aufhebung aller Preiskontrollen

Sämtliche Preise, auch die für Grundnahrungsmittel, Trinkwasser oder Wohnraum sollen sich nach dem „Laissez-faire-Prinzip“ der Friedman'schen Lehre allein auf dem „Markt“ bilden. Staatliche Preiskontrollen und Regierungsinterventionen zur Gewährleistung der Grundversorgung der Bevölkerung werden strikt abgelehnt.

Minimierung der Produktionskosten

Dazu gehören insbesondere auch die Löhne, deren Höhe wiederum alleine der „Markt“ bestimmen soll. Dies bedeutet eine klare Absage an staatlich garantierte Mindestlöhne. Die Folge ist, dass Sozialkritiker und Gewerkschaften seit Jahren immer lauter darüber klagen, dass immer mehr Menschen auch in Deutschland vom Lohn eines acht- bis zehnstündigen Arbeitstages nicht mehr leben können.

Abbau aller Subventionen

Milton Friedman in einem Interview 2006: „Wann immer die Regierung irgendetwas subventioniert, kann sie das auf zweierlei Arten machen: Sie kann die Produzenten subventionieren, oder sie kann die Konsumenten subventionieren. Sie kann zum Beispiel die Landwirte bezahlen, um Nahrungsmittel zu produzieren, oder sie kann Lebensmittelmarken an die einzelnen Verbraucher geben, die dann Lebensmittel günstiger kaufen können. Wenn Sie die Produzenten subventionieren, gibt es keinen Wettbewerb, die Produzenten haben keinen wirklichen Anreiz, das Geld sinnvoll zu verwenden. Wenn man die Konsumenten subventioniert, so haben diese kein wirkliches Interesse daran, dieses Geld richtig einzusetzen.“

Vollständiger Freihandel

Der Begriff „Freihandel“ ist ursprünglich der Gegensatz zu „Protektionismus“. Inzwischen aber ist „Freihandel“ ein anderes Wort für „Globalisierung“, also für die Abschaffung sämtlicher Barrieren (wie Zölle oder Mengengrenzungen) für den Handel und Geldverkehr, den ungehinderten Fluss von Gütern und Kapital über alle Staatsgrenzen hinweg. Freihandel, so hieß es, garantiere wachsenden Wohlstand der Völker. Nach einer Studie der Weltbank von 2005 sollte er bis zum Jahr 2015 jährlich 250 Mrd. Euro

an zusätzlichen Einkommen realisieren. - In einem Aufsatz „Freihandel als hegemoniales Projekt“ schreibt Christoph Scherrer hierzu: „Solange die Kapitalverkehrskontrollen lediglich als vorübergehende Maßnahmen galten, akzeptierten die gesellschaftlichen Protagonisten des Freihandelsprojektes, insbesondere die New Yorker Finanzwelt, diese Einschränkungen ihrer Verfügungsgewalt und Gewinnchancen. Als jedoch ab 1965 immer mehr Unternehmen bei ihren grenzüberschreitenden Aktivitäten unter staatliche Aufsicht gestellt wurden, begann die Suche nach Wegen, wie freier Handel und freier Kapitalverkehr zu vereinbaren seien. Als Ausweg propagierte insbesondere der monetaristische Ökonom **Milton Friedman** (1963/68) den Übergang zu flexiblen Wechselkursen. Die Ablehnung von Kapitalverkehrskontrollen markiert eine Verschiebung des Interesses am Weltmarkt. Vereinte vormals der Antikommunismus die Freihandelskoalition, wobei der Weltmarkt zur Einbindung sowohl der verbündeten Nationen als auch der eigenen lohnabhängigen Bevölkerung in eine fordistische Produktionskoalition dienen sollte, geriet zunehmend das Interesse, den Weltmarkt zur Zurückweisung der von den Lohnabhängigen erhobenen Ansprüche zu nutzen, zum einigenden Band. Der Ausstieg der Gewerkschaften aus der Freihandelskoalition beschleunigte diese Interessenverschiebung.“ („Freihandel als hegemoniales Projekt? Zur Geschichte der Außenwirtschaftspolitik in den USA“, in: *Widerspruch*, 19. Jg. Heft 38, 1999, 5-17). Da die Industrieländer nach wie vor besonders den Agrarsektor subventionieren, führt „Freihandel“ zu schweren Benachteiligungen der Entwicklungsländer, wo die Multinationalen Konzerne Arbeiter zu Hungerlöhnen und unter menschenunwürdigen Bedingungen schufteten lassen, sodass die Konsumenten in den reichen Ländern von niedrigen Preisen profitieren können.

Aber wer sollte dies alles durchsetzen? Milton Friedman war schließlich nicht der Präsident der Vereinigten Staaten. In den fünfziger und sechziger Jahren standen er und seine Schüler daher vor dem gravierenden Problem, wie sie denn demonstrieren könnten, dass die „Säuberung“ der US-Wirtschaft von den seit der Großen Depression noch immer persistierenden keynesianischen „Giften“, „Schmutzflecken“ und „Verunreinigungen“ der wahre Weg zur Glückseligkeit sei. Gewiss, Amerika hatte dem Marxismus und dem Kommunismus bereits den Kampf angesagt, aber Eisenhower, seit 1953 als Präsident im Amt, sah keinerlei Veranlassung, den Keynesianismus in den USA zu dispensieren, der den Staat in die Lage versetzte, die schlimmsten kapitalistischen Exzesse durch antizyklische Konjunkturprogramme zumindest abzdämpfen, die Interessen der Arbeiterschaft zu respektieren und öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren. *Anderswo* jedoch, so meinten zumindest die Brüder Dulles, die unter Eisenhower als Außenminister und CIA-Chef fungierten, könne es durchaus den politischen und ökonomischen Interessen Amerikas dienen, die Lehren Friedmans dort zu propagieren. Besonders im Auge hatte man dabei die Volkswirtschaften Südamerikas – vor allem die Chiles, Argentinien, Uruguays, Boliviens und Brasiliens –, die sich dank ihres als „Developmentalismus“ bezeichneten ökonomischen Modells, einer Art Mischung aus Marktwirtschaft und starken sozialen Sicherungssystemen (verstaatlichte Schlüsselindustrien, Preiskontrollen, Schutzzölle, Subventionsprogramme zur Bekämpfung der Armut), eines gesunden, wenn auch bescheidenen Wohlstands erfreuten. Da die Kalten Krieger in Washington entschlossen waren, diese „rosarote“ Ökonomie als eine Vorstufe des Stalinismus zu bekämpfen, bekam Milton Friedman endlich, was er sich wünschte: Geld, viel Geld von der US-Regierung und der Ford Foundation, um an der University of Chicago hunderte von südamerikanischen Wirtschaftsstudenten, vor allem solche aus Chile, in der wahren Lehre auszubilden. Diese später als „Chicago Boys“ titulierten Elitestudenten stellten damals (zwischen 1957 und 1970) ein Drittel der gesamten Studentenschaft an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät von Chicago. Aber dieser erstaunliche Ideologietransfer endete zunächst in einem Fiasko. Anstatt zu den „intellektuellen Wirtschaftsführern“ Chiles aufzusteigen und Friedmans Heilslehre in ihrer Heimat durchzusetzen, landeten die Chicago Boys im Abseits, als 1970 der Sozialist Salvador Allende knapp, aber klar die Wahlen gewonnen hatte, und zwar mit dem Versprechen, die Kupferminen zu verstaatlichen und alle wichtigen Unternehmen, auch die ausländischen,

unter staatliche Aufsicht zu stellen, die Preise für Grundnahrungsmittel und Mieten einzufrieren, kostenlose Schulbildung und Gesundheitsversorgung einzuführen und die Löhne zu erhöhen – aus Sicht der Chicago Boys natürlich alles „Todsünden“, die gleichwohl dazu führten, dass die Wirtschaft Chiles schon im ersten Jahr (also bis 1971) um 11 Prozent wuchs und die Löhne sogar um bis zu 60 Prozent stiegen. Inzwischen war Richard Nixon Präsident der USA, und der eröffnete unverzüglich – zusammen mit der CIA und der Unternehmerschaft der USA – einen überaus schmutzigen Wirtschaftskrieg gegen die Regierung Allendes mit dem klaren Ziel, sie zu stürzen (was zuvor bereits, 1965, mit der Regierung Sukarno in Indonesien erfolgreich gelungen war). Erst jetzt schlug die Stunde der Chicago Boys: sie „überzeugten“, wie Orlando Letelier, Chiles damaliger Botschafter in Washington, schrieb, „die Generäle, dass sie bereit waren, die dem Militär eigene Brutalität mit ihren intellektuellen Errungenschaften, die den anderen fehlten, zu unterstützen.“ Es war der 11. September, allerdings der des Jahres 1973, als General Augusto Pinochet, damals Oberbefehlshaber der Streitkräfte, sich gegen seinen Präsidenten erhob und sich – in einem demokratischen Land, das zuvor 160 Jahre in Frieden gelebt hatte – selbst an die Macht putschte. Allende und zahllose seiner Anhänger kamen ums Leben, die Putschisten errichteten eine blutige Militärdiktatur und die Chicago Boys begannen sofort damit, ihr fünfhundertseitiges Wirtschaftsprogramm à la Friedman in Chile durchzuziehen. „Aus diesem Experiment *in vivo* ging“, wie Naomi Klein in ihrem fesselnden Buch² schreibt, „der erste Staat der Chicagoer Schule hervor, der erste Sieg der Gegenrevolution.“ Und Chile stürzte in den Abgrund: „Im Jahr 1974“, so Naomi Klein weiter, „erreichte die Inflation 376 Prozent - die höchste Rate der Welt und fast doppelt so viel wie der Maximalwert unter Allende. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot stiegen ins Unermessliche. Gleichzeitig verloren die Chilenen ihre Arbeitsplätze, weil Pinochets Experiment mit dem ‚freien Handel‘ das Land mit billigen Importwaren überschwemmte. Einheimische Firmen machten dicht, weil sie damit nicht konkurrieren konnten, die Arbeitslosigkeit erreichte ein rekordverdächtiges Niveau, und Hunger war allgegenwärtig. Das erste Labor der Chicagoer Schule war ein Debakel.“ (a.a.O., p 115) In der Absicht, sein Projekt vor der Blamage zu bewahren, reiste Milton Friedman persönlich nach Santiago, um Pinochet zu beraten. Aber er riet keineswegs dazu, den mörderischen Terror zu beenden oder die unerträglich gewordenen Leiden des chilenischen Volkes zu mildern, sondern verlangte, im Gegenteil, „eine Schockbehandlung“, „die einzige Medizin“ (sic!), nämlich eine noch viel radikalere Demontage des Sozialstaates, schlagartige Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, die Privatisierung der Sozialversicherung sowie aller Unternehmen und Banken (zu Schleuderpreisen). Chicagos Dr. Strangelove empfahl eine „Orgie der Selbstverstümmelung“ Chiles, und General Pinochet, der noch 17 Jahre an der Macht blieb, die *piranhas* der Junta und natürlich die Chicago Boys folgten ihm zunächst getreulich, bis schließlich 1982 die chilenische Wirtschaft mit 30 Prozent Arbeitslosigkeit, Hyperinflation und gigantischer Verschuldung vollends kollabierte. Jetzt war Pinochet, um sich an der Macht zu halten, gezwungen, genau das zu tun, wozu Allende gewählt worden war: er musste wieder verstaatlichen, was zur Folge hatte, dass die Chicago Boys ihre lukrativen Regierungsämter und damit bald auch jeden Einfluss verloren. (Den Kupferbergbau, der für 85 Prozent der Exporteinkünfte Chiles sorgte, hatte – trotz aller Proteste Friedmans – selbst Pinochet nie privatisiert). Was ist von Friedmans utopischem Experiment am Ende geblieben? Die Konzentration des Reichtums in den Händen sehr weniger, sonst nichts. Noch im Jahre 2008

² Naomi Klein: Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus; Fischer, Frankfurt/M. 2009; p. 106

war Chiles eines der Länder mit der größten Ungleichverteilung der Vermögen und dem stärksten Wohlstandsgefälle der Welt.

Gewiss, Milton Friedman hat die Brutalität und die Menschenrechtsverletzungen des Pinochet-Regimes gelegentlich als „Schande“ bezeichnet, aber bis zu seinem Tode jeglichen Zusammenhang zwischen der Despotie in Chile und der Durchsetzung seines Wirtschaftsprogramms geleugnet.

Kein vernünftiger Mensch könnte in Kenntnis der historischen Tatsachen zu dem Urteil gelangen, das Experiment der Chicagoer Schule in Chile sei ein Erfolg gewesen. Dass es dennoch von den Anhängern Friedmans und des radikalen Marktkapitalismus bis heute als „Beweis“ für die Richtigkeit der reinen Lehre ausgelegt wird, kann jedoch nur die verblüffen, die nicht ahnen, nach welcher intrinsischen Logik sich jeder fundamentalistische Idealismus grundsätzlich selbst bestätigt. Und wenn die Unwürdigen dennoch von Zweifeln beschlichen werden, können sich die weisen Herren der Welt, weil sie ja allein der göttlichen Wahrheit unmittelbar teilhaftig sind, noch immer jenes Mittels bedienen, das schon Platon als „königliche Lügen“ heiligte: die wissentliche Täuschung des Volkes „zu seinem Besten“. Leo Strauss hatte in seinen Schriften diese sophokratische Märchenpropaganda entschieden befürwortet: die Eliten, die allein die Einsicht in die „notwendige universale Ordnung“ besitzen, zu welcher die demokratische Mehrheit gar nicht imstande ist, dürfen nach Strauss den Menschen nicht nur diktieren, wie sie zu leben haben, sondern sie dürfen sie auch durch „edle Lügen“ auf den rechten Weg führen. Die Neocons, die bei Strauss gelernt hatten, haben dies in der Bush-Ära bis zur Meisterschaft kultiviert.

Chile – ein neoliberales Waterloo? Von wegen! Danach ging es erst richtig los: Schlag auf Schlag eroberte Friedmans Neoliberalismus einen Staat nach dem anderen, rund um den Globus.

Akribisch – und mit erdrückendem Belegmaterial (der Anmerkungsapparat umfasst fast hundert Seiten) – zeichnet Naomi Klein die einzelnen Stationen seines Siegeszuges nach:

- 1976 Brasilien, Uruguay, Argentinien
- 1982-85 England
- 1985 Bolivien
- 1988 Polen
- 1988/89 China
- 1990-94 Südafrika
- 1991-99 Russland (und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion)
- 1992-94 Rumänien und Albanien (Über das irrwitzige Kapitel, wie der Kapitalismus nach Albanien gelangte, berichtet nicht Naomi Klein, dafür aber ausführlich Peter Sloterdijk³)
- 1994 Gründung der Welthandelsorganisation WTO, womit der Durchbruch des entfesselten Kapitalismus erzielt werden sollte. Ziel der WTO (die derzeit 153 Mitgliedsstaaten hat) ist nicht nur die völlige Liberalisierung des Handels, sondern auch die weltweite Durchsetzung der Friedman'schen Prinzipien (Deregulierung, Privatisierung etc.). „Kritische Positionen zur WTO und ihrer Politik werden meist von Nichtregierungsorganisationen wie Attac, kirchlichen Gruppen und Gewerkschaften vertreten, aber auch von einigen Wirtschaftswissenschaftlern wie z. B. Michel Chossudovsky

³ Peter Sloterdijk: Zorn und Zeit; Suhrkamp, Frankfurt/M. 2006, p. 294 ff.

in seinem Buch *Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*. - Von Umweltorganisationen wie Greenpeace wird beklagt, dass die WTO keine Rücksicht auf den Umweltschutz nehme. Die häufige Einstufung von Umweltschutzmaßnahmen als Handelshemmnisse reduziere die staatlichen Möglichkeiten aktiven Naturschutz zu betreiben. Beispiele für als Handelshemmnisse eingestufte Umweltschutzmaßnahmen seien unter anderem die Reinhaltung der Luft, der Tierschutz und die Beschränkung der Gentechnik. - Ein weiterer Kritikpunkt ist der Einfluss, den Transnationale Konzerne und Verbände wie die Internationale Handelskammer (ICC) auf die Entscheidungsfindungsprozesse der WTO besäßen. Nationale – oft demokratisch bekundete – Gesetzgebung in Bereichen wie Sozialpolitik, Arbeitsschutz oder Umweltschutz könnten durch Beschränkungen der Einflussmöglichkeiten von Regierungen auf die Wirtschaftspolitik nur noch begrenzt durchgesetzt werden. -Die Organisation Brot für die Welt beklagt die Rolle der WTO bei der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaften von südlichen Ländern durch die Forderungen nach der Privatisierung des Wassermarktes und nach dem Abbau von Schutzzöllen und Quoten. Länder, die über wenig Wasser verfügen, seien dadurch gezwungen, statt wasserintensive Grundnahrungsmittel wie Getreide oder Zucker Produkte anzubauen, die wenig Wasser benötigen. Die oft teurere Produktion von Exportprodukten für den Weltmarkt gefährde jedoch die Existenz von heimischen Kleinbauern. Zudem müssten die wasserarmen Länder dann viele ihrer Grundnahrungsmittel von den Industrieländern importieren, die häufig im Erzeugerland hochsubventioniert werden. Die Ernährungssicherheit vieler Länder würde noch stärker als heute schon von der Produktion in den Industrieländern, vom Weltmarkt und mächtigen Handelskonzernen abhängen. - Auch wird behauptet, ohne hohe Zölle auf Importe hätten die Entwicklungsländer keine Möglichkeit, eine stabile eigene Industrie aufzubauen. Damit sperre das WTO-System „heute alle wichtigen Wege und Handhaben, mit deren Hilfe Länder in früherer Zeit eine nachholende Entwicklung erfolgreich in die Wege geleitet haben, z. B. die USA in der Aufholjagd gegenüber Großbritannien“. - In diesem Zusammenhang behaupten WTO-Kritiker, Industrieländer trafen Entscheidungen "hinter verschlossenen Türen". Diese als Green Rooming bezeichnete unprotokollierte Verhandlungspraxis schließe Entwicklungsländer aus Entscheidungsprozessen aus. - Dem gegenüber steht erlaubter Protektionismus durch Subventionen: Da Zölle als Mittel des staatlichen Protektionismus nur noch eingeschränkt eingesetzt werden dürfen, haben sich andere Formen etabliert, die eigenen Produkte im Welthandel zu unterstützen. Reiche Länder fördern den Export ihrer Waren über Subventionen und unterbieten so die einheimischen Waren in armen Ländern. Die WTO unterscheidet verschiedene Arten von Subventionen, von denen nur eine Art (*gelbe Box*) beschränkt und langfristig abzubauen ist, während die anderen Formen (*grüne Box*, *blaue Box*) erlaubt bleiben. Die meisten Subventionen der „Subventionssupermächte“ USA und EU sind den nicht eingeschränkten Subventionskategorien zugeordnet. - Ein letzter Kritikpunkt ist die Intransparenz sowie die fehlende Kontrolle der WTO. Jedoch gibt es bereits Überlegungen über die Einrichtung eines quasiparlamentarischen Organs. Bisher fehlt es der WTO jedoch an Kontrollmechanismen. Sie ist weder zum Dialog mit der UNO zu den Medien verpflichtet. Sitzungsprotokolle werden unzureichend der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Kritik der Nichtregierungsorganisationen rührt oft auch daher, dass sie - im Gegensatz zu der UN Generalversammlung - keine Möglichkeiten haben, ihre Interessen zu artikulieren.“ (Wikipedia)

- 1996-97 Die sog. Tigerstaaten Südkorea, Thailand, Malaysia und die Philippinen
- 1998 Indonesien: Zahllosen Bürgern Asiens ist bis heute ein besonders demütigendes Foto der Nachrichtenagentur AFP in Erinnerung: Der indonesische Präsident Suharto unterzeichnet darauf quasi die „Kapitulation“ seines Staates vor dem Internationalen Währungsfonds, während dessen Generaldirektor Michel Camdessus mit verschränkten Armen daneben steht. Was war passiert? Auf Druck des IWF und der US-Regierung hatten Indonesien und die sog. Tigerstaaten den Kapitalverkehr mit

dem Ausland „liberalisiert“. Dies führte zunächst zu einem gewaltigen Boom mit zweistelligen Wachstumsraten, hernach aber vor allem zu einer „Immobilienblase“.



Daraufhin zogen die Amerikaner und Europäer aus jenen Ländern ihr Geld schneller wieder ab als sie es dort investiert hatten und kündigten sämtliche Kredite. 1997 waren die Devisenreserven Indonesiens erschöpft, und Suharto musste den IWF um Überbrückungskredite bitten. Camdessus und die Herren des IWF nutzen die Gelegenheit, um aufs Ganze zu gehen:

„Willkürlich formulierten sie Forderungen und Auflagen, die nicht mehr auf Krisenbekämpfung zielten, sondern darauf, westlichen Investoren die Türen zu öffnen. Allein Indonesien sollte an die 50 Bedingungen erfüllen. Mit seiner Unterschrift musste Suharto unter anderem zusichern, die bis dahin geltende Beschränkung für ausländischen Besitz an Unternehmen und Immobilien aufzuheben, den Aufbau einer nationalen Automobil- und Flugzeugindustrie abubrechen, den Tropenholzhandel für Ausländer zu öffnen und Subventionen für Nahrungsmittel und Treibstoffe zu kürzen. Die folgenden Preissprünge erschütterten die ganze Volkswirtschaft und provozierten landesweite Unruhen, die schließlich in eine Revolution mündeten. Sieben Monate nach Beginn ihrer vermeintlichen Rettungsaktion konnten die IWF-Experten ihr Heil nur noch in der Flucht suchen. Vorbei an brennenden Barrikaden und umgestürzten Militärlastern erreichten sie im Morgengrauen des 14. Mai 1998 mit Mühe einen Militärflugplatz, von wo eine eigens geordnete Chartermaschine sie außer Landen schaffte.“ (Schumann / Grefe, a. a. O. , p. 370 ff.)

- 2001 die USA
- 2003 Israel
- 2003-06 der Irak
- 2004-05 Sri Lanka

Immer deutlicher zeichnete sich dabei jenes Interventionsmuster ab, das Naomi Klein als „Schocktherapie“ oder „Katastrophen-Kapitalismus“ (*disaster capitalism*) analysiert. Die Grundidee ist sehr einfach: um die „Leinwand reinzuwaschen“ (also alles Bestehende erst einmal platt zu machen) und den „idealen Markt“ zu kreieren, kann man sich nicht erst jahrelang mit einer schwerfälligen Bürokratie und den Widerständen der Bevölkerung herumschlagen. Man muss also das Volk zunächst einmal in einen Zustand von Angst und Schrecken, Konfusion, Demoralisierung und Orientierungslosigkeit versetzen, und zwar so schnell und so stark, dass die Menschen psychisch auf ein infantiles Entwicklungsniveau regredieren und zu rationalen Reaktionen oder gar zum Widerstand nicht mehr in der Lage sind. Wenn hier die Natur mit einer gewaltigen Katastrophe – wie dem Tsunami von 2004 oder dem Hurrikan Katrina – zu Hilfe kommt oder ein Terroranschlag – wie der vom 11. September – für den großen Schock sorgt, ist dies die ideale Gelegenheit, um unverzüglich zuzugreifen und – getreu der Weisung Niccolo Machiavellis an den Fürsten – alle Gewalttaten und Grausamkeiten sogleich und auf einmal zu begehen. Auch ökonomische Desaster – wie die Asienkrise der neunziger Jahre – oder gewaltige politische Umstürze – wie 1988 in Polen, 1989 in der einstigen Sowjetunion oder 1990 in Südafrika – bieten ausgezeichnete Chancen, die Lähmung und Verwirrung der Bevölkerung zu nutzen, um sie durch ebenso rasche wie rabiante Maßnahmen zu überwältigen, sodass sie hernach vor vollendeten Tatsachen steht. Wenn allerdings weder die Natur noch die Konjunktur, weder der internationale Terror noch die Weltgeschichte mit einer tiefgreifenden Erschütterung aufwarten, bleibt nichts anderes übrig, als eine schockauslösende Krise zielstrebig selbst herbei zu führen oder zu inszenieren: so hatten es die Chicago Boys einst in Chile vorexerziert oder Margaret Thatcher in England, als sie die argentinische Besetzung der lächerlichen Falklandinseln zur nationalen Katastrophe hochstilisierte, die gesamte britische Flotte um den halben Erdball schickte und den anschließenden „Siegestaumel“ der Briten dazu nutzte, die Macht der Gewerkschaften endgültig zu brechen und ihr radikales Wirtschaftsprogramm durchzusetzen. Auch Spekulanten, Geheimdienste und der Druck mächtiger Institutionen (wie des IWF oder der Weltbank) können nützlich sein, um Krisen – wie die in Südostasien – auszulösen, welche dann die betroffenen Regierungen nötigen, zu Kreuze zu kriechen und die Diktate der Chicagoer Schule abzusegnen. Am allerbesten aber ist es, die Leinwand durch einen Krieg „reinzuwaschen“: so geschah es im Irak. Die militärische Operation des Massenbombardements, mit dem die US-Streitkräfte am 20. März 2003 die Hauptstadt Bagdad erbeben ließen, ehe sie sie einnahmen, hatte die Bezeichnung „Shock and Awe“. Danach konnte man sogleich daran gehen, eine dergestalt traumatisierte und paralyisierte Bevölkerung zu enteignen, ihr Land zu plündern und den Wirtschaftsinteressen der „Koalition der Willigen“ gefügig zu machen. (Bei Naomi Klein kann man genau nachlesen, wie Paul Bremer, Bushs Statthalter in Bagdad, das bewerkstelligt hat, indem er die irakischen Banken dem ausländischen Kapital öffnete, alle Staatsbetriebe sofort privatisierte und in den Besitz ausländischer Investoren übergehen ließ, die keine irakischen Arbeitnehmer mehr beschäftigten, aber alle Profite in ihre Heimatländer transferieren durften.)

In den neunziger Jahren sah es allerdings so aus, als ob die Saat Milton Friedmans tatsächlich aufgehe. Die Weltwirtschaft boomte und entfesselte ungeheure Produktivkräfte, nie zuvor in der Geschichte war es so einfach, in so kurzer Zeit steinreich zu werden, und die Finanzanalysten blendeten die Anleger mit mathematischen „Modellen“, wonach sich die Zeiträume, in denen sich die Aktienkurse verdoppelten, fortlaufend halbieren würden. Heute weiß man nicht nur, dass der Boom hauptsächlich auf Pump finanziert wurde und dass die dramatische Akkumulation des Reichtums in den Händen einiger weniger Oligarchen mit der

Schrumpfung der Reallöhne, mit wachsender Armut (auch und gerade in den reichen Ländern) sowie mit dem fortschreitenden Zerreißen der „sozialen Netze“ bezahlt wurde; man weiß nun auch, wie jene Analysten damals zu ihren irrealen und größtenwahnsinnigen „Prognosen“ gelangen konnten: diese beruhten nämlich im wesentlichen auf dem exorbitant wuchernden Volumen des globalen Handels mit den sog. „innovativen Finanzprodukten“, jenen magischen CDOs, CDS etc., die nur zu einem einzigen Zweck entwickelt worden waren, der gänzlich im Sinne Friedmans war: nämlich dem, der immer noch bestehenden staatlichen Aufsicht, den Regulationsbehörden und natürlich auch der Steuer zu entkommen. 1980 noch summierten sich die Wertpapiere der ganzen Welt auf etwa 12 Billionen Dollar, was in etwa dem Welt-Bruttoinlandsprodukt entsprach. 2005 aber war dieses Volumen bereits auf 140 Billionen Dollar angewachsen und damit auf das Dreißigfache dessen, was die Völker der Erde pro Jahr an Gütern und Dienstleistungen real erwirtschafteten; bis Dezember 2007 hatte der – vom Radar der Finanzaufsicht längst verschwundene – außerbörsliche Handel mit Derivaten bereits 600 Billionen Dollar erreicht, und ein Jahr später hatte sich dieses Volumen – trotz der bereits eingetretenen Krise! – auf die nicht mehr vorstellbare Summe von 863 Billionen Dollar aufgebläht. Zwischen 1980 und 2005 war der Anteil dieser neuartigen „Finanzindustrie“ an den Unternehmensgewinnen allein in den USA von 5 auf 42 Prozent angestiegen. 2006 zahlten die fünf großen Investmentbanken an der Wallstreet 50 Milliarden Dollar Boni als „Weihnachtsgeld“ aus, etwa die Summe, die sämtliche Staaten zusammen pro Jahr an Entwicklungshilfe aufbringen. Großbritannien erwirtschaftete mit seiner „Finanzindustrie“, die bereits ein Drittel aller Arbeitsplätze stellte, 12 Prozent seines BIP. Und das fünftgrößte Finanzzentrum der Welt – nach London, New York, Tokio und Hongkong – befand sich nicht etwa in Frankfurt oder der Schweiz, sondern auf den Cayman Islands, wo es fast doppelt so viele „Firmensitze“ wie Einwohner gibt und wo die Manager des globalen Casinos ihre Geschäfte „off shore“ ohne jede staatliche Kontrolle abwickeln konnten. Endlich aller Einmischungen staatlicher Behörden trickreich entkommen, griffen Friedmans Gralsritter – weltweit eine Gruppe von ca. 50 000 Bankern, Managern, Tradern, Brokern, Vermögensverwaltern und Aufsichtsräten (nahezu ausnahmslos Männer !) – unter dem enthusiastischen Segen der neoliberalen Kardinäle an den Universitäten zur Weltherrschaft. Denn sie verfügten allesamt über dermaßen viel Kapital und Liquidität, dass ihre Hedgefonds oder Private-Equity-Gesellschaften sich im Prinzip in jede beliebige Firma einkaufen, sie ausplündern, durch Kreditaufnahme in Schulden stürzen und alsbald mit Gewinn wieder abstoßen konnten, sofern die Vorstände dieser Unternehmen nicht bereit oder in der Lage waren, maximalen Gewinn für ihre „shareholder“, Renditen von mindestens 20 Prozent aus ihren Mitarbeitern herauszuschinden.

So kam es dazu, dass sich auch die Regierungen solcher Staaten, die noch nicht der „Schock-Therapie“ unterzogen worden waren, in Sorge um ihre nationalen Industrien und die Arbeitsplätze, mehr oder minder dem Diktat der Finanzfürsten beugen mussten: Neuseeland zum Beispiel, Australien, Kanada, Mexiko, Indien, Island, Japan, Frankreich, Spanien, die Golfstaaten und schließlich auch – sogar unter einem rot-grünen Kanzler – die Bundesrepublik Deutschland. Eindeutig und unverblümt hatte der vormalige Präsident der Bundesbank, Hans Tietmeyer, ein besonders orthodoxer Apologet der Friedman'schen Lehre, bereits 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos die angereisten Staatsmänner aufgeklärt: „Sie, die politischen Führungskräfte, müssen wissen, dass Sie künftig von den Finanzmärkten kontrolliert werden.“ Und basta!

Genau dies, nämlich die größtmögliche Entkernung des Staates und die Entmachtung der Regierung, war von Anfang an das Projekt Milton Friedmans gewesen. Und dieses Projekt wurde in den darauf folgenden 10 Jahren (nach 1996) mit beispielloser Rigorosität realisiert. Beim Davos-Forum von 2009 konnte man schon gar nicht mehr unterscheiden, wer da die Politik und wer die Finanzindustrie vertrat. Plutokraten und Demokraten, Staatenlenker und Unternehmensführer, Politiker und Global Player der multinationalen Konzerne waren da schon lange nicht nur aufs engste mit einander verfilzt, sondern bei den Repräsentanten der Staaten und denen der Wirtschaft handelt es sich mittlerweile weitgehend um das selbe Personal⁴. Als Chef der Deutschen Bank hatte Rolf Breuer die Finanzindustrie sogar zur „fünften Gewalt“ erhoben, die zwar in keiner Verfassung vorgesehen ist, aber dafür die „richtigen Zielsetzungen“ weit „besser als die Wähler“ festlegen könne. Die Erste Staatsgewalt, die Legislative, wird jetzt nur noch zur Absegnung von Gesetzen benötigt, die sämtliche Regulierungen der Märkte abschaffen, die Steuern für Unternehmen „optimieren“ (das heißt: minimieren) und die schrankenlose „Freiheit“ des Handels gewährleisten sollen. Damit das auch wirklich im Sinne der Großkonzerne und Finanzinvestoren geschieht, haben diese zahllose „Vertreter“ in die jeweiligen Administrationen entsandt, die von ihnen bezahlt werden, aber unmittelbar an der Formulierung der Gesetze mitwirken: allein in Deutschland haben über hundert solcher „Mitarbeiter“ (die natürlich auch als Informanten ihrer Auftraggeber fungieren) eigene Schreibtische in den Bundesministerien bezogen.⁵ Die Exekutive, an die Macht gebracht durch voluminöse „Wahlkampfspenden“ der Industrie und Finanzwirtschaft (exemplarisch belegbar bei der Wiederwahl George W. Bushs), hat ohnehin nur noch auf das Kommando der „Masters of the Universe“ zu hören, und die Repräsentanten der Dritten Gewalt, die Staatsanwälte und Richter, sollen sich darauf beschränken, Vergehen gegen das Eigentum (oder die Eigentümer) zu verfolgen und Vertragsbrüche zu sanktionieren. Was Presse und Medien angeht, die gelegentlich als „Vierte Gewalt“ apostrophiert werden (mit größerem Recht, weil die Meinungsfreiheit hohen Verfassungsrang genießt), so liegen hier die Dinge am einfachsten: die kann man ebenso kaufen wie die Journalisten. Alle übrigen Aufgaben, die seit dem 18. Jahrhundert dem Staat oblagen, sind nach Milton Friedmans Doktrin entweder überflüssig (wie etwa die sozialen Sicherungssysteme) oder aber in den Händen privater Unternehmer weit besser aufgehoben als in denen von Bürokraten. Im Prinzip wäre es sogar möglich, selbst die Polizei oder die Armee sowie alle übrigen Einrichtungen, die der Sicherheit der Bürger dienen, durch „outsourcing“ zu privatisieren: die Firma Blackwater, die bereits im Irak überaus aktiv ist, verfügt immerhin bereits über 25 000 bestens ausgerüstete und ausgebildete Söldner. Der *hohle Staat* (*hollow state*) ist in Milton Friedmans Utopie der wahrhaft *perfekte* Staat. Er dient den Privatunternehmen nur noch als „Bankautomat“, der mit den von den arbeitenden Bürgern eingetriebenen Steuern die Rechnungen privater Auftragnehmer bezahlt. Dieser schwache und weitestgehend entkernte Staat, der sich nicht länger an den Bedürfnissen seiner Bürger, sondern nur noch an den Profit- und Renditeinteressen des „Marktes“ orientiert, ist nicht nur in den USA schon weit gediehen: die Vorliebe der Friedman-Jünger für „Schock-Behandlungen“ hat sie darauf gebracht, dass sich mit der *Angst* der Bürger vor Terror, Katastrophen und Bedrohungen das ganz große Geschäft machen lässt. Seit dem 11. September ist nicht nur in Amerika eine – zwar im Staatsauftrag, aber selbstredend privatwirtschaftlich operierende – „Heimatschutz“- und Sicherheits-Industrie

⁴ Einzelheiten und Beispiele hierzu siehe das Kapitel „Plutokratenfilz statt Regulierung“ in: Harald Schumann / Christiane Grefe: Der Globale Countdown; Kiepenheuer & Witsch, Köln 2009, p. 116 ff.

⁵ Siehe hierzu: Sascha Adamek / Kim Otto: Der gekaufte Staat – Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien ihre Gesetze selbst schreiben; Kiepenheuer & Witsch, Köln 2008

mit enormen Wachstumsraten entstanden: Screening-Systeme, Videogeräte zur großflächigen Überwachung des öffentlichen Raumes, biometrische Detektionstechnologie, elektronische Smart-Cards, „Profilerkennungs“-Software, Durchleuchtungsapparate, unbemannte Flugkörper, Hochsicherheitsbarrieren, High Tech zur Abwehr von Gefahren aller Art sind ebenso im Angebot wie das dazu nötige Know how, Security-Trainings, Bodyguards, Antiterror-Spezialisten, Schulungszentren für diese sowie ausgefeilte „Sicherheitslösungen“ für Behörden, Firmen, Schulen, Hotels, Wohngebiete usw. – Führend auf diesem Gebiet ist übrigens Israel, das mit hochkomplexen Produkten dieser innovativen Sicherheitstechnologie nicht nur seine vordem marode Wirtschaft sanieren konnte, sondern seither auch einem Frieden im Nahen Osten nicht mehr viel abgewinnen kann.

Denn so viel ist klar: ein weltweites Business, das von der Furcht vor Bedrohungen lebt, kann kein Interesse daran haben, dass diese Bedrohungen verschwinden. Das gilt für die Angst vor militärischen Konflikten ebenso wie für die vor Naturkatastrophen, die im Zuge des Klimawandels in den letzten 30 Jahren um 430 Prozent zugenommen haben und immer größere Ausmaße annehmen. Naomi Klein schreibt dazu: „Die weltweite Instabilität kommt heute nicht nur einer kleinen Gruppe von Waffenhändlern zugute, sie generiert auch riesige Profite auf dem Hightech-Sicherheitssektor, im Bereich Großbauwerke, für private medizinische Unternehmen, die verwundete Soldaten behandeln, in der Erdöl- und Erdgasbranche - und natürlich für militärische Dienstleistungen. ... Während sich die Kurse konventioneller Aktien eher unterdurchschnittlich entwickelten, stieg der Spade Defense Index, ein ‚Maßstab für Aktien aus den Bereichen Verteidigung, Heimatschutz und Luftfahrt‘, von 2001 bis 2006 in jedem Jahr um durchschnittlich 15 Prozent - um das Siebeneinhalbfache dessen, was der Index Standard & Poor's 500 für denselben Zeitraum im Durchschnitt auswies.“ Und weiter: „Zwischen 2001 und April 2007 erlebten Aktien von Hoch- und Tiefbauunternehmen, die nach Kriegen und Naturkatastrophen saftige Aufträge ohne Ausschreibung an Land ziehen können, eine Wertsteigerung um 180 Prozent. Wiederaufbau ist heute ein so gigantisches Geschäft, dass jede neue Zerstörung von den Börsen mit einer Begeisterung begrüßt wird, als ginge es um eine heiße Erstemission: 30 Milliarden Dollar beim Irak-Wiederaufbau, 13 Milliarden beim Tsunami-Wiederaufbau, 100 Milliarden nach den Zerstörungen in New Orleans und entlang des Golfs von Mexiko, 7,6 Milliarden bei der Libanon-Krise.“ (a. a. O., p. 599 f.) Tatsächlich waren *vor* den Luftangriffen auf Serbien und *vor* dem Libanonkrieg die Aufträge für den Wiederaufbau von Objekten bereits vergeben, *ehe* diese zerstört wurden! Noch zwar führt diese Industrie die Konflikte und Katastrophen nicht selber herbei, aber sie muss jede Bemühung, sie zu verhindern, als geschäftsschädigend betrachten. „Man kann,“ meint Naomi Klein sarkastisch, „ die Katastrophenerzeugung also getrost der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen. Auf diesem Gebiet leistet sie wirklich einmal ganze Arbeit. - Auch wenn der Katastrophen-Kapitalismus-Komplex die Kataklysmen, von denen er lebt, nicht vorsätzlich herbeiführt (wobei der Irakkrieg eine bemerkenswerte Ausnahme sein mag), gibt es jede Menge Anhaltspunkte, dass die daran beteiligten Branchen ihr Möglichstes tun, damit momentane unheilvolle Entwicklungen nicht gestoppt werden. Große Ölgesellschaften unterstützen die Leugner des Klimawandels seit Jahren: ExxonMobil hat für diesen Kreuzzug im letzten Jahrzehnt schätzungsweise 16 Millionen Dollar ausgegeben. Während dieser Sachverhalt bestens bekannt ist, weiß die Öffentlichkeit weitaus weniger über das Zusammenspiel zwischen der Katastrophenbranche und hochrangigen Meinungsmachern. Mehrere einflussreiche Washingtoner Denkfabriken - darunter das National Institute for Public Policy und das Center for Security Policy - werden in erheblichem Maß von Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen finanziert, die unmittelbar davon profitieren, dass diese

Institutionen die Welt unablässig als finsternen und bedrohlichen Ort darstellen, dessen Probleme sich nur mit Gewalt lösen lassen. Der Heimatschutzsektor vernetzt sich auch zunehmend mit Medienunternehmen - eine Entwicklung von Orwell'schen Dimensionen.“ (p. 602 f.)

Am Schluss ihrer umfangreichen Analyse entwirft Naomi Klein eine bedrückende Perspektive der nahen Zukunft: die eines nicht endenden, weltweiten Krieges aus ökonomischen Profitgründen. „Dieser Krieg ist keiner, den irgendein Land gewinnen kann, aber darum geht es auch gar nicht. Worum es geht, ist die Schaffung von ‚Sicherheit‘ im Inneren befestigter Staaten, die von endlosen, auf kleiner Flamme kochenden Konflikten außerhalb ihrer Mauern leben. In gewisser Weise verfolgen die privaten Sicherheitsunternehmen im Irak dasselbe Ziel: Sichere das Umfeld, schütze den Chef. Bagdad, New Orleans und Sandy Springs geben uns einen Vorgeschmack auf so etwas wie eine eingezäunte Zukunft, die vom Katastrophen-Kapitalismus-Komplex konzipiert und gemanagt wird. Israel ist jedoch das Land, in dem dieser Prozess am weitesten fortgeschritten ist: Hier hat sich ein ganzer Staat in eine schwer befestigte Bastion verwandelt, umringt von Ausgeschlossenen, die permanent in abgetrennten Roten Zonen leben. So sieht eine Gesellschaft aus, die den wirtschaftlichen Anreiz zu Frieden verloren hat und nur damit beschäftigt ist, einen endlosen, nicht zu gewinnenden Krieg gegen den Terror zu führen und von ihm zu profitieren. Der eine Teil sieht so aus wie Israel, der andere Teil wie Gaza. ... Es ist üblich geworden, die militarisierten Ghettos Gaza und Westjordanland mit ihren Betonmauern, Elektrozäunen und Kontrollpunkten mit dem Bantustan-System in Südafrika zu vergleichen, das die Schwarzen in Ghettos einsperrte, die sie nur unter Vorlage eines Passes verlassen durften. ... Die Ähnlichkeiten sind in der Tat gravierend, aber es gibt auch Unterschiede. Die Bantustans in Südafrika waren im Großen und Ganzen Arbeitslager, in denen afrikanische Arbeitskräfte einer strengen Aufsicht und Kontrolle unterworfen waren, um sicherzustellen, dass sie weiterhin für kargen Lohn in den Minen arbeiteten. Was Israel hingegen aufgebaut hat, ist ein System, das das Gegenteil bezweckt, nämlich Menschen am Arbeiten zu hindern; es ist ein Verbund von Freiluftgehegen für Millionen Menschen, die man als überflüssig taxiert hat. Die Palästinenser sind nicht die Einzigen auf der Welt, die so kategorisiert worden sind: Auch Millionen Russen wurden in ihrem eigenen Land als unnötig abgestempelt - weshalb so viele ihre Heimat verließen, um in Israel Arbeit zu finden und in Würde leben zu können. In Südafrika sind die Bantustans zwar aufgelöst worden, aber jeder vierte Südafrikaner lebt heute in den Hütten der rasch anwachsenden Slums und gilt im neuen, neoliberalen Südafrika gleichfalls als überflüssig. Das Ausrangieren von 25 bis 60 Prozent der Bevölkerung ist das Markenzeichen der Chicagoer Schule, seit in den siebziger Jahren in ganz Südamerika die Elendsquartiere aus dem Boden zu schießen begannen. In Südafrika, Russland und in New Orleans umgeben sich die Reichen mit Schutzmauern. Israel hat diesen Absonderungsprozess noch einen Schritt weiter getrieben: Es hat Mauern um die gefährlichen Armen errichtet.“ (p. 623 f.)

Die Vision einer „neuen Selektion zwischen Begünstigten und Überflüssigen“ ist übrigens so neu nicht. Schon 1998 hatte der Publizist Carl Amery in seinem Buch „Hitler als Vorläufer“ die Befürchtung geäußert, dass es mit zunehmender Verknappung der globalen Ressourcen zu dieser neuen Form barbarischer Menschenverachtung wie auf der Rampe von Auschwitz kommen könne. „Der ‚fortschrittliche‘ Teil der Menschheit hat sich auf ein Wirtschaftssystem geeinigt“, schrieb er, „das dem Grundgesetz aller lebenden Systeme widerspricht: der Syntropie, das heißt der bestmöglichen Ausnutzung der ständig eintreffenden Sonnenenergie. Dieses Wirtschaftssystem ist demnach ein Verbündeter der

Wüste.“ Amery sah voraus, dass ein elitäres „Planet-Management“ der Reichen und Mächtigen versuchen werde, auf neue Weise einen Konsens über die „Definition des oder der Überflüssigen“ herzustellen - und dass dies dort gelingen könnte, „wo die Überflüssigen als konkrete Bedrohung des bisherigen Lebenszuschnitts erfahren und erlebt werden.“⁶ Die Nachrichten über die Art und Weise, in der verzweifelte Menschen behandelt werden, welche, zusammengepfercht auf schrottreifen Seelenverkäufern, die Südküsten Europas zu erreichen hoffen, demonstrieren, dass diese Vision kaum übertrieben war, sondern bereits beginnt, Realität zu werden.

Kann dennoch vielleicht Naomi Kleins Szenario seit dem Crash von 2008 als überholt gelten? Mitnichten!

Gewiss, es hat sich herausgestellt, das die Meister des Universums in den Jahren des Booms Friedmans „idealen Markt“ lediglich als virtuelle Fata Morgana vorgegaukelt haben, als blendende Scheinwelt, erschaffen aus Illusionen, Tricks, vorsätzlichen Irreführungen, arglistigen Täuschungen, maßloser Selbstüberschätzung, Arroganz, Betrug, irrwitzigen Risikoeinschätzungen, bodenlosem Leichtsin, Wahnvorstellungen und mathematischen Fiktionen. Aber es wäre der größte anzunehmende Irrtum, zu glauben, dass damit jetzt wirklich Schluss sei. Es wurde ja bereits darauf hingewiesen, dass die, die jetzt die Krise managen und überwinden sollen, derselben Kaste angehören wie jene, die sie angerichtet haben. Der „Korporationismus“ dieser Kaste, der darin zum Ausdruck kommt, dass wie durch eine Drehtür ununterbrochen Wirtschaftsrosse in Staatsämter, Minister in Mangerposten, Parlamentarier in Aufsichtsräte oder Investmentbanker in Leitungs-Posten bei internationalen Institutionen wechseln, hat längst dazu geführt, dass die Mitglieder der Regierungen und die Führer der Finanz- und Wirtschaftsimperien ihre Funktionen nach einer Art Rotationsprinzip ständig austauschen. Auch sie mögen durch die Krise Einbußen erlitten haben, aber da das Kapital, über das sie verfügen, immer noch gewaltig ist, ist auch ihre grenzenlose Macht noch immer ungebrochen. Sie werden nichts anderes versuchen als nach ein paar mehr oder weniger kosmetischen Korrekturen so bald als möglich den *status quo ante* wieder herzustellen. Zudem gibt es bislang keine Antwort darauf, was denn, wenn mit dem Wahnsinn Schluss gemacht werden soll, an dessen Stelle treten müsste. Die *Systemfrage* wird jedenfalls im öffentlichen Diskurs bislang nirgendwo ernsthaft erörtert. Das *worst case scenario* könnte also sehr gut so aussehen, dass die Völker der Welt, vor allem die ärmsten unter ihnen, für die gigantischen Schäden bezahlen (viele mit ihrem Leben), die der „Raubtierkapitalismus“ Friedman'scher Prägung angerichtet hat und ebendies dann insofern für die Zukunft Schule macht als die Plutokraten und Zocker daraus die Lehre ziehen, dass die Allgemeinheit selbst für astronomische Verluste aufkommen wird, die sie mit ihrer unverantwortlichen Gier verursachen. Aber der Hoffnung, dass sich der Kapitalismus Friedman'scher Art sanieren ließe und nach ein paar notwendigen Reparaturen wieder florieren werde, sobald die „Talsole“ der Krise durchschritten sei, muss man sich energisch widersetzen. Mit *dieser* Ökonomie wird die Menschheit angesichts der kolossalen globalen Herausforderungen, die sie schon jetzt und in unmittelbarer Zukunft zu bewältigen hat, nicht überleben. Sie ist ebenso gefährlich wie die Atombombe.

Es gibt viele berühmt gewordene Aussprüche Milton Friedmans (zum Beispiel den Satz aus dem New York Times Magazine vom September 1970: „Die *soziale* Verantwortung der

⁶ Carl Amery: Hitler als Vorläufer. Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts?; Luchterhand, München 1998

Wirtschaft ist es, ihre Profite zu vergrößern.“) Aber der berühmteste ist sicherlich ein Zitat aus seinem Brief an Augusto Pinochet aus dem Jahre 1975, in welchem er behauptet, der „Hauptfehler“ der Regierungen (die dem Keynesianismus folgten) habe darin bestanden, „zu glauben, man könne mit dem Geld anderer Leute Gutes tun.“ Gemeint hat er damit zweifellos, dass es „unmoralisch“ sei, den Wohlhabenden von Staats wegen Geld wegzunehmen, um es – wie es in dem von ihm gehassten „Wohlfahrtsstaat“ geschehe – den zu geben, die – verschuldet oder unverschuldet – in Not und Elend geraten sind. Wenn er noch lebte, müsste man ihn heute fragen, was er denn davon halte, dass die Staaten der Welt derzeit *Billionen* vom Geld anderer Leute, nämlich der Steuerzahler, Arbeiter, Angestellten und Rentner aufbringen müssen, um Banken, Unternehmen, Industrien und die siechen Relikte seines phantastischen „Marktes“ vor dem totalen Ruin zu bewahren.

© Claus C. Schroeder 2009